

# Microsoft warnt vor Schadsoftware mit Verbindungen nach Liechtenstein

Selbst der US-Geheimdienstausschuss wird eingeschaltet: Eine Wiener Firma soll ein Spionageprogramm entwickelt und verkauft haben.

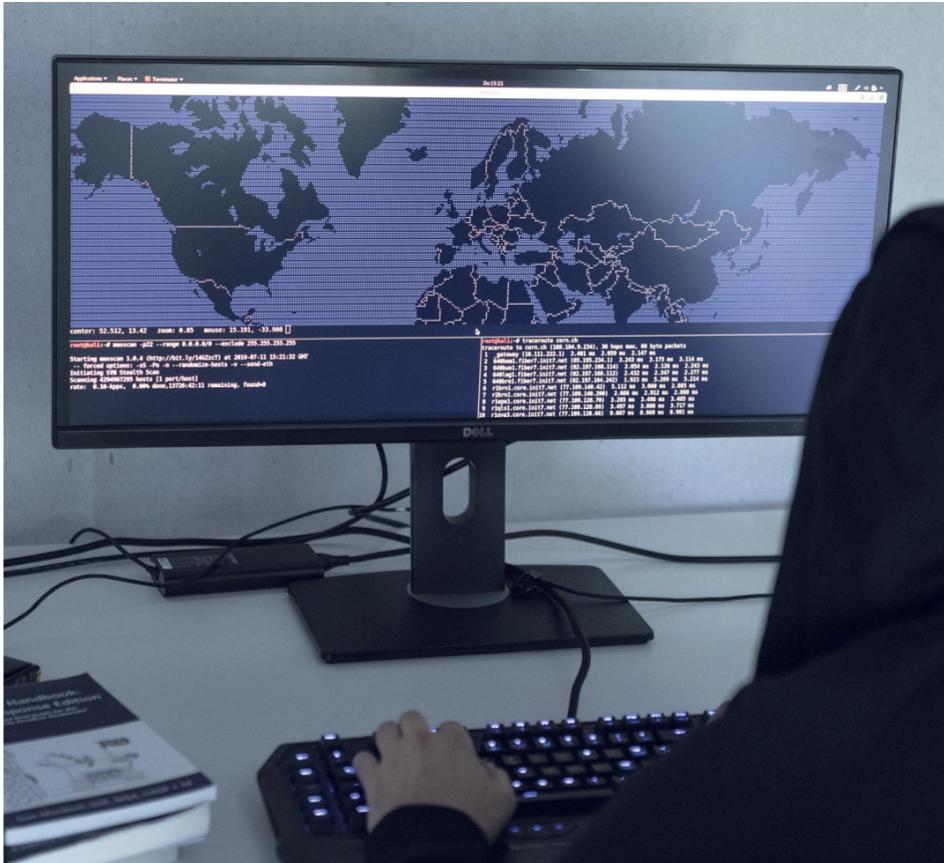
Elias Quaderer

«Mit 20 Jahren Erfahrung in der Bereitstellung massgeschneiderter Forschungs- und Sicherheitslösungen arbeiten wir mit absoluter Diskretion an sensiblen Projekten für globale Kunden und marktführende Unternehmen.» Mit dieser Einleitung stellt sich das Wiener Unternehmen DSIRF auf seiner Webseite vor. Was hinter diesen «sensiblen Projekten» steckt? Dazu äusserte das Sicherheitsteam von Microsoft vergangenen Donnerstag einen happigen Vorwurf: DSIRF soll verantwortlich sein für die Entwicklung von «Subzero» – einer Schadsoftware mit dem Zweck, vertrauliche Passwörter oder Anmeldeinformationen abzugreifen.

Nach Angaben von Microsoft zählen zu den Opfern der Schadsoftware Banken, Anwaltskanzleien und Unternehmensberatungen in Österreich, Grossbritannien und Panama.

## «Gefahr für nationale Sicherheit der USA»

Das Wiener Unternehmen selbst verwahrt sich gegen die Vorwürfe, die Software missbräuchlich verwendet zu haben. Subzero werde «gewerblich weder angeboten, verkauft noch zur Benutzung bereitgestellt», heisst es in einer Mitteilung von DSIRF. Die Firma habe einen externen Gutachter beauftragt, um die von



Die Spionagesoftware «Subzero» hat es auf Banken und Anwaltskanzleien abgesehen. Bild: Keystone

Microsoft «aufgeworfenen Fragen» aufzuklären. Zudem habe DSIRF eine interne Untersuchung eingeleitet.

Microsoft hält hingegen die Spionagetätigkeiten von DSIRF für derart bedrohlich, dass der

IT-Konzern den Geheimdienstausschuss des US-Repräsentantenhauses kontaktierte. Wie der «Tagesanzeiger» berichtete, warnt Microsoft in seinem Bericht an den Ausschuss, dass das Wiener Unternehmen eine

«Gefahr für die nationale Sicherheit der USA» darstelle.

## Firmenkonstrukt führt zu Schaaner Treuhandbüro

Bis Mitte Juli hiess es auf der Website von DSIRF, dass das

Unternehmen Büros in Wien und Liechtenstein besitze. Tatsächlich führen über ein komplexes Firmengeflecht Verbindungen des Software-Entwicklers bis ins Fürstentum. Denn die Eigentümerin der DSIRF ist eine andere Wiener Firma namens «DSR Decision Supporting Information Research Forensic GmbH». Und diese gehört wiederum der «Deep Dive Research Lab AG» mit Sitz in Liechtenstein.

Die Repräsentanz der Deep Dive Research Lab übernimmt die Schaaner Seeger und Seeger Treuhand AG. Genauso sitzt ein Mitarbeiter des Treuhandbüros im Verwaltungsrat der Deep Dive Research Lab AG. Auf Anfrage verweist die Seeger und Seeger Treuhand AG auf die Mitteilung von DSIRF, in der sie sich gegen die Darstellung von Microsoft verwahrt. Allerdings erklärt das Treuhandbüro zusätzlich, dass es die Angelegenheit weiter verfolgen «und – soweit notwendig – Massnahmen ergreifen» werde.

## Mehrfache Kontakte nach Russland

Bereits vor gut zehn Monaten sorgte die DSIRF GmbH für Aufsehen. So veröffentlichte das Onlineportal «Netropolitik» im Dezember 2021 eine Präsentation der Firma, in der sie ihre Subzero-Software vorstellte als ein «hochmodernes Überwachungstool», um Terro-

risimus, Kriminalität und Finanzbetrug zu bekämpfen.

Unter den in der Präsentation angeführten Referenzen der DSIRF findet sich eine illustre Gesellschaft. Unter anderem gehört dazu der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft oder das Unternehmen «Russian Machines» des mittlerweile sanktionierten russischen Oligarchen Oleg Deripaska.

Dies sind aber nicht die einzigen Verbindungen, die das Wiener Softwareunternehmen nach Russland unterhält. Laut Recherchen von «Focus» und «Tagesanzeiger» wurde DSIRF von dem aus Bayern stammenden Peter D. gegründet, der zuvor über ein Jahrzehnt in Moskau tätig war. An der Seite eines russischen Oligarchen war er damals für die Expansion des Lebensmittelkonzerns Rewe in Russland beteiligt. Nach Aussage des Oligarchen soll D. dabei nur ins Unternehmen gelangt sein, weil er über exzellente Kontakte in den Kreml verfügt.

Gute Verbindungen nach Russland besitzt wohl auch Stefan G., der im Verwaltungsrat der Schaaner Deep Dive Lab AG sitzt. Denn laut seinem LinkedIn-Profil war er für die russischen Ableger von Media Markt und Billa sowie für die Deutsch-Russische Auslandshandelskammer tätig. Mittlerweile wohnt Stefan G. gemäss «Tagesanzeiger» in einem Mehrfamilienhaus in Graubünden.

# Brutto-Monatslohn lag in einigen Fällen bei 2800 Franken

Lohnkontrollen offenbarten zu tiefe Löhne in neun Gastro-Betrieben. Nun zeigt sich: Vor allem ungelernete Arbeitskräfte sind betroffen.

Seit Jahren deckt die Gewerkschaft in Liechtenstein Lohn-dumping in der Gastronomie auf. Zum ersten Mal hat nun die sogenannte Dreigliedrige Kommission, welche für Branchen ohne allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsvertrag zuständig ist, die Löhne in der Gastronomie kontrolliert. Die Gehälter waren in neun Betrieben zu tief, wie das «Vaterland» Ende Juli berichtete. Bisher war aber nicht ganz klar, wie gross die Ausreisser nach unten waren. «Die beanstandeten Betriebe zahlten bis zu 15 Prozent unter der Interventionsgrenze», sagt Sigi Langenbahn, der Geschäftsführer des Liechtensteiner ArbeitnehmerInnenverbandes (LANV).

Der Lohn lag damit auch deutlich unter dem von der Kommission festgesetzten orts- und branchenüblichen Gehalt von 3400 bis 4150 Franken für eine wöchentliche Normalarbeitszeit von 43 bis 45 Stunden. In einigen Fällen stiessen die Kontrolleure sogar auf Brutto-Monatslöhne von 2800 Franken. Das prangert Langenbahn zwar an, er betont aber gleichzeitig: «Der grosse Teil der über 50 geprüften Betriebe über-

schritt diese Grenze nicht.» Die meisten zu tiefen Löhne betrafen dabei laut Langenbahn geringer qualifiziertes Personal. Und er schiebt nach: Qualifiziertes Personal hingegen verdiene in der Regel nicht schlecht, da diese Mitarbeiter an allen Ecken und Enden fehlen.

## LANV prangert auch die Arbeitszeiten an

Dem LANV geht es dabei nicht nur um die Löhne, wie sie von der Dreigliedrigen Kommission festgelegt wurden. «Es geht auch um die Arbeitszeiten, die insbesondere in Malbun sehr hoch sein können», kritisiert der Gewerkschafter. «Wir kennen ein Hotel, in dem an sechs Wochentagen gearbeitet werden muss, und einige Betriebe, in denen die Überstunden nicht bezahlt werden.»

Das sei ein weiterer Grund, weshalb der LANV einen Gesamtarbeitsvertrag aushandeln wollte, welcher Betriebe dazu verpflichtet hätte, die Arbeitsstunden aufzuzeichnen. «Der Lohn muss in Relation zu den Arbeitsstunden stehen, doch genau das lehnen einige Gastronomen ab. Starker Wider-



Ungelernte Hilfskräfte erhielten zum Teil Monatslöhne von 2800 Franken. Bild: Keystone

stand gegen den GAV kam deshalb auch aus Malbun, wo die Arbeitszeiten am höchsten sind», sagt Langenbahn.

## Unbezahlte Überstunden als Wurzel des Übels

Unbezahlte Überstunden sieht er auch als Ursache, warum vie-

le Mitarbeiter der Branche nach einer Weile wieder den Rücken kehren. Angesichts des akuten Personalmangels ist das ein Problem.

Während es in der Schweiz gesetzlich geregelt ist, dass die Stunden trotz Vertrauensarbeitszeit notiert werden müs-

sen, fehlt eine solche Regelung im Liechtensteiner Arbeitsgesetz. Diese Lücke sollte laut Langenbahn geschlossen werden. Und er schiebt nach: «Arbeitszeitkontrollen sollten verpflichtend sein, um die Gesundheit der Mitarbeiter zu schützen.» Eine Regelung über

den GAV konnte der LANV nicht erreichen. Denn die Verhandlungen für einen Gesamtarbeitsvertrag sind bekanntlich vor Kurzem gescheitert. Der LANV sieht es vor diesem Hintergrund als umso wichtiger an, dass zumindest branchen- und ortsübliche Löhne festgesetzt wurden für die Gastrobranche in Liechtenstein.

«Schon vor einigen Jahren haben wir die Praxis des Ausländer- und Passamts angeprangert, bei Grenzgängerbestätigungen Löhne von 2600 Franken brutto zu akzeptieren – angelehnt an ein vom Amt für Soziale Dienste ausgerechnetes Existenzminimum», sagt Langenbahn. Nun müsse sich auch das Amt an die von der Kommission festgesetzten Löhne halten. Für den LANV ist das ein Erfolg, denn es gebe «viele» Wochenaufenthalter, die in der Gastronomie tätig sind.

Einiges kann sich nun zum Guten wenden, denn die betroffenen neuen Betriebe wollen die Gehälter nach oben anpassen. Langenbahn betonte, die Kommission werde dies in Nachkontrollen prüfen müssen.

Dorothea Alber